

Trouw Stellungnahme: Sicherheit 5.1.2022

Die EU muss sich bewegen, die Spannungen um die Ukraine sind besorgniserregend".

Kurz vor seinem Tod schrieb der ehemalige Botschafter Edy Korthals Altes ein leidenschaftliches Plädoyer an die EU, den Frieden an der Ostgrenze Europas zu wahren.

Edy Korthals Altes 5. Januar 2022, 12:55

Die zunehmenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen in der Ukraine sind besorgniserregend. Im Falle eines bewaffneten Konflikts läuft Europa Gefahr, Opfer eines solchen zu werden. Es ist daher sehr wichtig, eine Lösung für diesen Konflikt zu finden. Meines Erachtens kann dies nur geschehen, wenn es in einen größeren Rahmen eingebettet wird: den der Europäischen Sicherheit. Ein Umdenken in der europäischen Sicherheitsstruktur ist dringend erforderlich. Die Abkommen von Helsinki aus dem Jahr 1975 und die Charta von Paris aus dem Jahr 1990 bieten Anhaltspunkte dafür.

Sowohl die EU als auch Russland haben ein starkes Interesse an einer friedlichen Lösung, die letztlich zu einem Projekt der europäischen Zusammenarbeit führt. Worin besteht das Interesse der EU? Erstens: die Sicherheit der Länder an der Ostgrenze der EU. Darüber hinaus soll eine Russische Invasion in der Ukraine verhindert und die geopolitische Position gestärkt werden. Es liegt auch im Interesse Europas, die Handelsmöglichkeiten zu erweitern, einschließlich des Zugangs zu knappen Rohstoffen.

Und was ist das Interesse Russlands? Erstens die Beseitigung von Bedrohungen an der Westgrenze, was angesichts der langen, verwundbaren Ostgrenze zu einem zunehmend selbstbewussten China besonders wichtig ist. Darüber hinaus stärkt es seine geopolitische Position. Für Russland spricht, dass die Wirtschaftssanktionen wegfallen, was eine mögliche Entspannung seiner besorgniserregenden wirtschaftlichen Lage bedeuten könnte.

Grüne Männer

Wie können wir angesichts dieser Interessen auf beiden Seiten eine Zusammenarbeit erreichen? Durch die Verringerung des Drucks der NATO, des mächtigsten Militärbündnisses der Welt. Dies geschieht unter der ausdrücklichen Bedingung, dass Russland die Souveränität aller EU-Staaten uneingeschränkt respektiert. Also keine grünen Männchen oder Cyberangriffe oder andere destabilisierende Maßnahmen. Der geringste Bruch wird die NATO an Russlands Westgrenze sofort wieder in voller Stärke aufmarschieren lassen.

Es muss auch ausgeschlossen werden, dass die Ukraine Mitglied der NATO wird oder mit ihr kooperiert. Russland sollte die Souveränität der Ukraine in vollem Umfang respektieren und daher von einer militärischen Invasion und destabilisierenden Aktionen absehen. Das Argument, dass die Ukraine als souveräner Staat das Recht hat, selbst zu entscheiden, mit wem sie sich verbündet, lässt die entscheidende Frage, ob dies im Interesse der EU oder der NATO liegt, völlig außer Acht, da dies negative Auswirkungen auf die Beziehungen zu Russland haben würde.

Die Zusammenarbeit erfordert auch den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und vertrauensbildende Maßnahmen wie den Rückzug der Streitkräfte hinter eine noch zu bestimmende Grenze.

Russischer Bär

Diese Zusammenarbeit kann nur zustande kommen, wenn die vitalen Interessen der jeweils anderen Seite berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass die Souveränität der an Russland angrenzenden Länder respektiert werden muss, aber auch die Sensibilität des Unterleibs des verwundeten russischen Bären. Wir täten gut daran, uns an die Verpflichtungen zu erinnern, die Amerika seinerzeit gegenüber Gorbatschow eingegangen ist. Auch an die klare Warnung des ehemaligen NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner: "Keine Ausweitung der NATO an die Westgrenze Russlands".

Als direkter Akteur muss die EU die Initiative ergreifen, auch in der NATO, d.h. in enger Zusammenarbeit mit den USA. Nun ist es so, dass die USA und Russland über uns und ohne uns über unsere Zukunft entscheiden. Die EU muss sich bewegen!

Edy Korthals Altes (1924-2021) war 35 Jahre lang im diplomatischen Dienst tätig, unter anderem als Botschafter in Polen und Spanien. Er gab sein Amt aus tiefer Unzufriedenheit mit der Verteidigungspolitik, insbesondere der atomaren Aufrüstung, und der feindlichen Behandlung Osteuropas auf. In der Folge engagierte er sich in (inter)nationalen Friedensinitiativen und -organisationen, darunter der Rat der Kirchen in den Niederlanden und die Koalition der Weltreligionen für den Frieden. Er starb am letzten Weihnachtstag.